

Auszug aus der Publikation
Wer, wo, wie viele? -
Bevölkerung in Deutschland 2025

Kapitel 4

Daten für Diskussionen in Stadt und Land:

Der Wegweiser Kommune

Stand: 2009

Bestellung unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-B2C6761B-2EE3CB95/bst/hs.xsl/publikationen_96873.htm



Kapitel 4 · Daten für Diskussionen in Stadt und Land: Der Wegweiser Kommune

Jens Gebert, Carsten Große Starmann, Petra Klug, Julia Vollmer



Das Spekulieren und auch Streiten über zukünftige Entwicklungen in der Stadt oder Gemeinde und den richtigen Weg zur Weiterentwicklung gehören zum kommunalen Alltagsgeschäft. Immer dann, wenn dazu konkrete und kommunenspezifische Daten auf dem Tisch liegen, ist die Diskussion jedoch erfahrungsgemäß eine andere – in der Politik, in der Verwaltung und in anderen Gruppierungen. Das gilt umso mehr, wenn wichtige Zukunftsthemen wie die demographische Entwicklung diskutiert werden. Denn gerade hier sind Konsequenzen nicht auf den ersten Blick greifbar. Das gemeinsame Nachdenken über die Zukunft hat deshalb eine so große Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der Frage, welche Veränderungen vor Ort zu erwarten sind und wie darauf reagiert werden kann, gehört zu den zentralen Aufgaben der Kommu-

nen. Kommunale Fachplaner benötigen daher genaue Informationen über die Entwicklung der einzelnen Bevölkerungsgruppen vor Ort, um frühzeitig reagieren und Maßnahmen entwickeln und etablieren zu können.

Diese Überlegungen sind der Ansatzpunkt für das Internetportal »Wegweiser Kommune« der Bertelsmann Stiftung. Für jede Kommune in Deutschland mit mehr als 5.000 Einwohnern werden Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2025 sowie rund 200 sozioökonomische Indikatoren kostenlos bereitgestellt. Welche weiterführenden Informationen hier zu finden sind und wie demographische und sozioökonomische Daten miteinander in Beziehung gesetzt werden können, wird im Folgenden anhand von Auswertungsbeispielen vorgestellt.

Der »Wegweiser Kommune«: Daten für Taten

Aktuelle Daten, verständliche Analysen, praxistaugliche Handlungsansätze und konkrete Beispiele für jede Kommune mit über 5.000 Einwohnern: Der »Wegweiser Kommune« zeigt kommunalen Entscheidern und engagierten Bürgern anhand von über 140 sozioökonomischen und über 180 Prognose-Indikatoren, welche Trends sich in den Kommunen abzeichnen, welche Aufgaben sich daraus ergeben und was konkret getan werden kann. Im Internet frei zugänglich unter www.wegweiserkommune.de, nimmt der Wegweiser Kommune die Gemeindeebene in den Blick: mit

- einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose für alle Kommunen ab 5.000 Einwohner bis zum Jahr 2025
- kommunalen Daten, wissenschaftlichen Studien, konkreten Handlungsempfehlungen und guten Praxisbeispielen zu den Politikfeldern Demographischer Wandel, Soziale Lage, Integration, Finanzen und Bildung
- kommunenspezifischen Demographieberichten
- interaktiven Werkzeugen zur anschaulichen Darstellung unterschiedlicher Themen zum Beispiel in Karten

Bevölkerungsvorausrechnungen zeigen nicht nur Zugewinne und Abnahmen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt an. Wenn für eine Stadt im Jahr 2025 im Vergleich zur heutigen Einwohnerzahl 3 Prozent mehr, für eine andere hingegen Verluste von 6 Prozent prognostiziert wer-

den, verbergen sich hinter diesen Zahlen viele Informationen. Sie können beispielsweise Hinweise liefern über die Gründe regionaler demographischer Entwicklungen oder die zukünftige Bevölkerungszusammensetzung. Gerade die Altersstrukturverschiebungen, die sich aus Bevölkerungsberechnungen ablesen lassen, sind für die Kommunen wichtig. Denn von der Stärke der Altersgruppen sind viele Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger und viele Aufgaben der Kommunalverwaltungen direkt betroffen: etwa die Planung der Kindertagesstätten, die vorzuhaltende Schulinfrastruktur, die Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs oder die Etablierung einer aktiven Seniorenpolitik.

Dies wurde im Wegweiser Kommune bei der Berechnung der Prognoseergebnisse berücksichtigt. So finden sich im Internetportal für jede Kommune folgende zehn Altersgruppen, die in ihrer Entwicklung bis zum Jahr 2025 dargestellt werden:

- 0–2 Jahre: U-3-Betreuung
- 3–5 Jahre: Betreuung im Kindergarten
- 6–9 Jahre: Primarstufe
(Ausnahmen in Berlin und Brandenburg)
- 10–15 Jahre: Sekundarstufe I
- 16–18 Jahre: Sekundarstufe II
- 19–24 Jahre: berufliche und Hochschul-Ausbildung
- 25–44 Jahre: jüngere potenzielle Erwerbstätige
- 45–64 Jahre: ältere potenzielle Erwerbstätige
- 65–79 Jahre: (jüngere) Rentner mit geringem Anteil an Pflegebedürftigen
- über 80 Jahre: Hochbetagte mit höherem Anteil an Pflegebedürftigen

Damit Veränderungen sichtbar und in der Diskussion vermittelbar werden, verfügt das Internetportal über verschiedene interaktive Visualisierungsmöglichkeiten:

- Bevölkerungspyramiden
- interaktive Grafiken
- interaktive Karten

Im Wegweiser Kommune finden sich aber nicht nur Zahlen und Daten. Auch konkrete Handlungskonzepte zu den kommunalen Themen Demographischer Wandel, Finanzen, Bildung, Soziale Lage und Integration sind abrufbar.

Dem großen Bedürfnis zu erfahren, wie andere Kommunen mit Herausforderungen und Problemlagen in verschiedenen Politikfeldern umgehen, wird ebenfalls Rech-

Abb. 1: Interaktive Bevölkerungspyramide



Abb. 2: Interaktive Grafiken



Abb. 3: Interaktive Karten



nung getragen. Regelmäßig und bundesweit werden gute kommunale Praxisbeispiele recherchiert und im Portal www.demographie-konkret.de bereitgestellt.

Die jüngeren Altersgruppen

Ein wichtiges kommunales Handlungsfeld betrifft die Entwicklungen bei den jüngeren Altersgruppen bis 18 Jahre. Besonders bei den Schülerzahlen zeichnet sich bundesweit bis 2025 ein deutlicher Einbruch ab: Im Primarbereich (6- bis 9-Jährige) ist mit einem Rückgang von 14 Prozent, im Sekundarbereich (10- bis 15-Jährige) mit 16 bzw. mit 24 Prozent (16- bis 18-Jährige) zu rechnen. Der genauere Blick auf die einzelnen Städte und Gemeinden zeigt aber dann sehr deutlich, wie unterschiedlich die Entwicklungen sein können und wie unverzichtbar eine fundierte Datengrundlage beispielsweise für eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung ist.

Viele Kommunen, vor allem in ländlich strukturierten Räumen, müssen sich die Frage stellen, wie eine attraktive Schullandschaft bei sinkenden Schülerzahlen zu gewährleisten ist.

Für andere Kommunen wird die Herausforderung darin liegen, dass den Abnahmen in einzelnen Altersgruppen und Schulformen Anstiege in anderen Altersgruppen und Schulformen gegenüberstehen, die durch starke punktuelle Zuwächse bedingt sind. Diese von großen Schwankungen betroffenen Kommunen müssen ihre Planungen sehr spezifisch angehen und nach flexiblen Lösungen suchen, die eine bedarfsgerechte Ressourcenplanung für Räume, Lehrpersonal oder Schülerbeförderung ermöglichen. Die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten durch Kindertageseinrichtungen und (Grund-)Schulen bis hin zur Umnutzung von Einrichtungen der Kommunen dürfen dabei keine Tabuthemen sein.

Neben quantitativen sind hier auch qualitative Überlegungen entscheidend: Wie können die Bildungsangebote bei zunehmend heterogenen Klassen – etwa durch altersgemischte Gruppen oder hohe Schüleranteile mit Migrationshintergrund – verbessert werden?

Chancen für mehr Bildungsqualität

Trotz der zersplitterten Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist das Thema Bildung in den Städten und Gemeinden zunehmend wichtiger geworden und zählt nicht zuletzt für Familien und Unternehmen zu den »harten« Standortfaktoren. Kommunen, die sich das Ziel gesetzt haben, Bildungsqualität und Bil-

dungschancen in ihrem Wirkungsbereich zu verbessern, finden im Wegweiser Kommune neben den bereits beschriebenen Prognosedaten zu den verschiedenen Altersgruppen weitere relevante Informationen: Indikatoren, die Aussagen zur Kinderbetreuung, zu den Übergangsquoten von der Primar- in die Sekundarstufe, zu Schulabschlüssen und Schulabbrecherquoten ermöglichen.

Gerade die Kombination verschiedener Daten liefert kommunalen Planern eine fundierte Basis: Für Kommunen wird aus den Prognosedaten ablesbar, ob sie zum Beispiel eine Anpassung an sinkende oder an steigende Schülerzahlen planen sollten und diese Veränderungen auch zu einer qualitativen Weiterentwicklung ihres Angebotes nutzen können. Besonders für die Kommunen, deren Bedarf an Angeboten der Kinder- und Jugendbetreuung zurückgehen wird – und das ist die Mehrzahl –, eröffnen sich Chancen zu einer qualitativen Weiterentwicklung.

Werden die differenzierten Altersgruppen der Prognose mit anderen Wegweiser-Indikatoren zur Kinderbetreuung, dem Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen sowie der Kinderarmutsquote kombiniert, können konkrete Projekte geplant werden, wie zum Beispiel eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung, die auch die individuelle Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Familien berücksichtigt. Viele Kommunen haben bereits gute Projekte zu ganz unterschiedlichen Fragestellungen entwickelt und erprobt – dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

Praxisbeispiel:

Essen –

Sprache erschließt Handlungskompetenzen

Die Stadt Essen in Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen des »Gesamtkonzeptes Sprachförderung« bestehende Projekte und Maßnahmen im Sprachbereich optimiert sowie neue entwickelt und zu einem Schwerpunkt ihrer Integrationspolitik gemacht. Zentrale Bestandteile sind die vorschulische Sprachförderung und die Sprachförderung von Eltern.

Quelle: www.demographie-konkret.de

Eltern gesucht!

Mit den in Deutschland konstant niedrigen Geburtenzahlen leben in den Städten und Gemeinden perspektivisch nicht nur immer weniger Kinder – die Geburtenzahlen sind seit vielen Jahren auf so niedrigem Niveau, dass dort in der Folge auch immer weniger Eltern leben werden. Denn es ist so logisch wie banal: Nicht geborene Kinder können später keine Eltern sein. Der Effekt sinkender Geburten wirkt sich damit bereits heute negativ verstärkend aus auf die zukünftige Geburtenentwicklung. Und anders als häufig in den Medien dargestellt ist für Kommunen die Geburtenquote pro Frau weniger maßgeblich bei der Analyse, welches Potenzial in der Kommune zur Verfügung steht. Denn auch eine hohe Geburtenquote kann zu wenigen Kindern führen, wenn die Generation der potenziellen Eltern in der betrachteten Kommune sehr klein ist.

Im Wegweiser Kommune ist mit den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung bereits frühzeitig abzusehen, wie sich die Elterngeneration je Stadt bis 2025 entwickeln wird. Als Elterngeneration werden dabei die 22- bis 35-Jährigen definiert, weil in dieser Altersspanne bundesweit die Wahrscheinlichkeit am höchsten ist, Vater oder Mutter zu werden. In jedem dieser 14 Altersjahrgänge bekommen bundesweit pro Jahr mindestens 5 % der Frauen ein Kind. So gibt der Indikator »Elterngeneration der 22- bis 35-Jährigen« den Kommunen Hinweise auf zu erwartende Familiengründungen sowie die künftige Zusammensetzung der Bevölkerung und ist Grundlage für Überlegungen zu kommunalen familienpolitischen Maßnahmen.

Familienpolitik – Daten für kommunale Akteure

Im Rahmen des demographischen Wandels wird es immer wichtiger, einzelne Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Familien, als gesellschaftliches Potenzial zu unterstützen und zu fördern. Im Hinblick etwa auf Familien ist dies künftig verstärkt die Aufgabe der Kommunen, denn Familien leben in – vor allem wirtschaftlich – ganz unterschiedlichen Konstellationen, sind unterschiedlich groß und haben entsprechend unterschiedliche Bedürfnisse und Bedarfe. Ihre Situation ist in jeder Kommune anders und abhängig von ganz verschiedenen Faktoren. Familien-



politik muss deshalb immer lokal individuell entwickelt und angepasst werden. Die Ausgangslage zu analysieren ist dabei von großer Bedeutung, denn der familienpolitische »Auftrag« wird in der Regel von ganz verschiedenen Akteuren in einer Kommune bearbeitet.

Der Wegweiser gibt hier mittels der Daten allen kommunalen Akteuren – auch jenseits der fachplanerischen Ebene – Hinweise zur Situation der Familien und kann als gemeinsame Handlungsgrundlage etabliert werden. Benachteiligte Familien, die besonders »unterstützungsbedürftig« sind, zeigen sich beispielsweise an den Armutsquoten, den SGB-II-Quoten oder den Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund. Aber auch zum durchschnittlichen Haushaltseinkommen oder zum Anteil der Haushalte mit Kindern finden sich kommunenspezifische Aussagen. So ist dies eine Grundlage, die örtliche Familienpolitik integriert weiterzuentwickeln, Familien und Kinder zu fördern und Familienfreundlichkeit zu gewährleisten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Familien und Kinder zu fördern heißt, durch ein Bündel von Maßnahmen auf den demographischen Wandel und die künftige Bevölkerungsentwicklung zu reagieren. Damit einher geht die Berücksichtigung weiterer Megatrends, wie der Veränderungen in der Arbeitswelt. Hier wird immer mehr Flexibilität gefordert – zeitlich wie örtlich. Daneben wird es für Familien zunehmend schwieriger, den Lebensunterhalt mit nur einem Verdiener zu bestreiten. Zum Kernbereich lokaler Familienpolitik zählt deshalb auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Unterstützung von Alleinerziehenden. Diese ist mit Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuung, besonders der Betreuung für unter 3-Jährige, und eine flexible Ausgestaltung der Betreuungsangebote – auch nach der Schule – zu ermöglichen.

Die differenzierten Altersgruppen der Bevölkerungsvorausberechnung in Kombination mit den Indikatoren zur Betreuungsquote aus dem Wegweiser ergeben hier ein Bild, das die Planungen der Kommune beeinflussen kann. Verbesserte Kinderbetreuungsstrukturen unterstützen dabei nicht nur Familien, sondern auch die örtlichen Unternehmen. Denn Kinderfreundlichkeit steigert die Attraktivität für den Unternehmensstandort und ist ein Anziehungspunkt für Fachkräfte. Hier kommt Kommunen eine Vorreiterrolle zu, um gemeinsam mit Unternehmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Praxisbeispiel: Region Heilbronn-Franken – Modellvorhaben Kinderfreundliche Region

Der Regionalverband hat in Kooperation mit den regionalen Wirtschaftskammern und mit Modellkommunen Strategien entwickelt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Die Kooperationspartner brachten eigene Projektideen ein – vor allem zur Verbesserung der Kinderbetreuung –, entwickelten diese weiter und setzten sie um.

Quelle: www.demographie-konkret.de

Erwerbstätigenpotenzial verändert sich

An den kommunenspezifischen Bevölkerungspyramiden ist es sehr anschaulich zu sehen: Die Zahl der älteren Menschen wird in den Städten und Gemeinden deutlich ansteigen. Das wirkt sich auch auf die Gruppe der potenziellen Erwerbstätigen aus, die im Wegweiser Kommune in zwei Altersgruppen dargestellt werden. Während der Anteil der 25- bis 44-Jährigen bis 2025 bundesweit deutlich zurückgeht, nimmt der Anteil der 45- bis 64-Jährigen im selben Zeitraum weiter zu. Lediglich für acht Kommunen bundesweit wird bis 2025 eine positive Entwicklung bei der Zahl der 25- bis 44-Jährigen erwartet. Für die Kommunen ist es deshalb wichtig, die Unternehmen vor Ort für diese Entwicklung zu sensibilisieren. Unternehmen – große wie auch kleinere mittelständische – sind gehalten, auf das geänderte Erwerbspotenzial zu reagieren: mit alters- und altermngerechten Arbeitsbedingungen sowie zusätzlichem Aufwand in Qualifizierung und betrieblicher Gesundheitsvorsorge.

Für eine zukunftsfähige Seniorenpolitik

Die Schwankungen bei der Zahl der älteren Altersgruppen fordern Kommunen heraus, Infrastrukturangebote anzupassen. Aktuell erreichen noch die eher schwächer besetzten Jahrgänge die Altersgruppe der ab 80-Jährigen, in etwas mehr als drei Jahrzehnten werden es mit der Babyboomer-Generation aber auch die stark besetzten Jahrgänge der 1960er Jahre sein. Bereits bis 2025 wird sich der Anteil der Hochbetagten verdoppeln.

Damit ist die Alterung neben dem Bevölkerungsrückgang eine der zentralen Folgen des demographischen Wandels. Es ist inzwischen Allgemeingut, dass der Anteil Älterer an der Bevölkerung zunimmt. Bei einigen Kommunen steigt jedoch die Zahl der 65- bis 79-Jährigen, in anderen Kommunen nimmt die Zahl der über 80-Jährigen stark zu, und in wieder anderen Kommunen kommt es zu enormen Anstiegen in beiden Altersgruppen, sodass 2025 die Hälfte der Bevölkerung älter als 60 Jahre alt sein wird. Und während das Alter aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen bislang vor allem »weiblich« war, werden sich die Anteile der Geschlechter perspektivisch angleichen.

Die Daten des Wegweisers Kommune können für die Besonderheiten und die Auswirkungen dieser Entwick-

lungen sensibilisieren und öffnen einen ganz konkreten Blick in die Zukunft. Die Lebensphase nach dem »Renteneintritt« ab 67 Jahren (oder später) sieht im Jahr 2025 anders aus als im Jahr 2006. Im Mittel erhöht sich nicht nur die Lebenserwartung, sondern es verändern sich auch die Fitness, die Erwartungen an die Lebensphase Alter und in der Folge auch die Anforderungen an kommunale Angebote. Deshalb ist in vielen Städten und Gemeinden eine Unterscheidung der älteren Generation in »jüngere Senioren« und »ältere Senioren« wichtig. Welche Art der Alterung trifft auf die Kommune zu? Auf welche zukünftigen Bedarfe muss frühzeitig reagiert werden? Diese und andere Fragen sind kommunal zu beantworten.

Praxisbeispiel:

Landkreis Diepholz:

»Kümmern statt Kummer – Alter hat Zukunft«

Die Strukturen und Angebote für ältere Menschen im Landkreis werden partnerschaftlich mit Politik, Verwaltung, sozialen Organisationen, Verbänden und Vereinen weiterentwickelt. Ausgewählte Seniorenprojekte aus vier Ideenwettbewerben werden in der Umsetzung unterstützt.

Quelle: www.demographie-konkret.de

Kommunale Angebote für die »jungen« Alten

Für den wachsenden Anteil 65- bis 79-Jähriger einer Kommune sind Angebote lebenslangen Lernens ebenso bedeutsam wie Möglichkeiten für gesellschaftliches Engagement. Denn hier liegt ein großes Potenzial: die Zeit, die Lebenserfahrung, die Energie der älteren Menschen. Diesem Potenzial muss eine Kommune Struktur geben, damit sich die Menschen einbringen können. Zudem ist gesellschaftliches Engagement ein wichtiger Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe – ein Aspekt, der in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger wird.

Andere Facetten steuern auch Wegweiser-Kennzahlen jenseits der Prognosedaten bei: So können zum Beispiel die aktuelle Entwicklung der Altersarmut oder die Wanderungsbewegungen der älteren Menschen in den Blick genommen werden.

»Hochaltrige« Herausforderung der Zukunft

Zu den altersstrukturellen Veränderungen, die in die Gesamtentwicklung einfließen, gehört auch der Blick auf die Hochaltrigen über 80 Jahre. Zum Teil steigt der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung in einigen Städten und Gemeinden von bis zu 12 Prozent im Jahr 2006 auf bis zu 20 Prozent im Jahr 2025 an. Ein Viertel aller Städte und Gemeinden wird bis 2025 somit ein Plus der über 80-Jährigen von 95 bis 285 Prozent verzeichnen. Mit den Informationen aus dem Wegweiser können Pflegebedarfe abgeschätzt, medizinische Infrastrukturversorgung oder Mobilitätshilfen geplant werden. Anregungen für die Umsetzung von Projektideen, die sich aus der Beschäftigung mit den kommunalen Daten ergeben, bringt der Wegweiser gleich mit: Nutzer finden – thematisch sortiert – gute Praxisbeispiele aus Kommunen in ganz Deutschland.

Praxisbeispiel:

Landkreis Potsdam-Mittelmark – Netzwerk Ambulanter Dienste

Die Vernetzung und der ganzheitliche Ausbau ambulanter Versorgungssysteme für alte, behinderte und pflegebedürftige Menschen sind die Ziele dieses Netzwerks. Innerhalb des Landkreises werden so – trotz knapper Kassen – Versorgungslücken geschlossen und qualitativ hochwertige Angebote vorgehalten.

Quelle: www.demographie-konkret.de

Deutschland im Jahr 2025

Wie sich die Bevölkerung hierzulande im Jahr 2025 zusammensetzen und wie das Leben der Menschen in den Städten und Gemeinden konkret aussehen wird, hängt von vielen, sehr unterschiedlichen Faktoren ab – einige wurden in dieser Publikation beleuchtet. Die Einführung des Elterngeldes oder des »demographischen Faktors« in der Rentenversicherung liegt in der Verantwortung unterschiedlicher politischer Ebenen und Akteure. Der Schwerpunkt wurde in diesen Beiträgen dennoch bewusst auf die kommunale Ebene gelegt, weil hier die de-



mographischen Veränderungen am konkretesten spürbar sind: dort, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten. Diese Veränderungen sind verbunden mit massivem Handlungsdruck. Und dieser ist sehr greifbar, wenn es darum geht zu planen, wie viele Kita-Plätze in einer Gemeinde anzubieten sind oder wie groß der Bedarf für seniorengerechtes Wohnen mittelfristig sein wird, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die Folgen demographischer Veränderungen wirken sich bereits jetzt auf alle kommunalen Planungsbereiche aus und werden dies künftig noch viel stärker tun. Alle kommunalen Akteure, von Politik und Verwaltung bis zu Unternehmen und sozialen Trägern, sind hier gefordert, aktiv zu werden – nicht jede Gruppe für sich, sondern gemeinsam in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern. Hier eine Initialzündung zu geben und Prozesse so zu gestalten, dass nicht nur *für* die Bürger, sondern auch *mit* den Bürgern und Akteuren einer Stadt geplant

wird, ist Aufgabe der kommunalen Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung.

Auch wenn es einige Regionen schwerer haben als andere – die Folgen demographischer Entwicklungen sind auch und gerade auf der kommunalen Ebene gestaltbar. Hier haben die Akteure viele Ansatzpunkte, das Leben und Zusammenleben der Menschen zu gestalten und auch neu zu denken. Wir sprechen dabei nicht über reine Defizitbetrachtungen. So birgt beispielsweise eine alternde Gesellschaft, wie wir sie in Deutschland zu erwarten haben, ein großes Potenzial, das angesichts der vielen Herausforderungen zunehmend wichtiger wird für die Gesellschaft. Dieses Potenzial zu heben ist aber vorrangig Aufgabe der Kommunen. Sie sind gefordert, Struktur zu geben und im Bereich des gesellschaftlichen Engagements auch eine Anerkennungskultur zu etablieren.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist dabei, jenseits von Zuständigkeiten zu denken und aus der Verantwort-

lichkeit für die Menschen in den Städten und Gemeinden neue Ideen und Gestaltungsräume zu entwickeln. Das gilt in den Kommunalverwaltungen für das so wichtige ressortübergreifende Planen und Arbeiten. Das gilt auch für die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden. Viele Fragen, etwa zur Auslastung von Infrastruktureinrichtungen, müssen bereits heute stärker in regionalen Zusammenhängen gedacht und ausgestaltet werden – auch wenn das häufig verlangt, sich von lieb gewonnenen kommunalpolitischen Kirchtürmen zu verabschieden.

Die Bausteine dieser Publikation rund um das Thema kommunale Bevölkerungsentwicklung bieten Anregungen, in zwei Richtungen zu denken: Der Blick in das Jahr 2025 kann sowohl ganz neue Impulse ermöglichen und zum Handeln aktivieren als auch kommunale Planungen zukunftsfähig machen – und das in einem sehr viel stärkeren und fundierteren Maße, als dies bisher vielerorts geschehen ist.